

# **Herbsttagung Fachverband der Kämmerer in NRW e.V.**

16. November 2016 in Mülheim an der Ruhr

„Aktuelle Finanzlage und neue Herausforderungen –  
schaffen wir das?“

## **Flüchtlingskosten und Finanzierung**

Verena Göppert, Stellv. Geschäftsführerin des Städtetages NRW

## Zugangszahlen

	Bund	NRW
2008	28.000	
2013	127.000	
2014	203.000	
2015	890.000	230.000
2016	213.000	80.000
	(1.-3. Quartal)	(bis 6. September)

### **2015**

Konzentration auf Bewältigung der Notsituation  
Unterbringung stand im Vordergrund!

## Kostenerstattung FlüAG NRW

- Situation in 2015 zunächst durch dramatisch ansteigende Zugänge von Flüchtlingen geprägt, kein geordnetes Verfahren, weder beim Bund noch beim Land praktische Fragen im Vordergrund (Unterkunft, Registrierung)
- aber schnell klar, bei Finanzierung altes FlüAG untauglich!
- Zähe, Streitige Verhandlungen insbesondere zur Auskömmlichkeit und zum Personenkreis
- Kommunale Spitzenverbände: Personenkreis erweitern  
Pauschale anheben

# Vereinbarung vom 16. Dezember 2015

## Koalitionsfraktionen mit kommunalen Spitzenverbänden

- **2016** Übergangsjahr  
Anhebung 7.578 € pro Flüchtling/Jahr auf  
10.000 € pro Flüchtling/Jahr

Stichtag 01.01.2016

Aufnahme der Geduldeten nach § 60a AufenthG  
als neuer Personenkreis

Gesamtsumme, die nach FlüAG-Schlüssel verteilt  
wird

Schwelle Krankheitskosten von 70.000 auf 35.000  
gesenkt

- **2017** Umstellung auf Monatspauschalen pro Flüchtling

Verteilung der Mittel personen- und monats-scharf  
ab der Zuweisung

Personenkreis FlüAG + Geduldete nach § 60a

833 € pro Flüchtling/Monat wird dynamisiert  
(4 Prozent)  $\Rightarrow$  866 €

abgelehnte Asylbewerber 3 Monate nach Abschluss  
des Verfahrens

Implementierung einer neuen statistischen  
Grundlage (derzeit im Testverfahren)

Umsetzung derzeit im parlamentarischen Verfahren

- **2018** Verständigung, dass eine Ist-Kosten-Erhebung durchgeführt werden soll, um verlässliche Daten zu erhalten

Erhebungskriterien werden gemeinsam festgelegt

Verzögerung im Verfahren, Konflikt mittlerweile beigelegt

01.01.2017 - 31.12.2017 (30.09.2017)

Erhebungszeitraum

Begleitung durch KGSt

GPA Stichproben-Überprüfung

- **Erhebung notwendig, weil**

Daten bislang nur unzureichend verfügbar

Statistik Asylbewerberleistungsgesetz unzureichend

große Spreizung je nach  
Unterkunftsart/Wohnungsmarktes

Vergleiche mit anderen Ländern schwierig aufgrund  
der unterschiedlichen Zuständigkeiten

- danach Verhandlungen im „Lichte der Datenerhebung“
  - Höhe der Pauschale(n)
  - Umgang bei großer Spreizung
  - Personenkreis
  - Dauer der Erstattung
  - Abbildung von Vorhaltekosten
- Ziel, zum 01.01.2018 neue Pauschale, wird schwer zu erreichen sein  
ggf. vorerst Fortsetzung der 2017er Regelung mit Dynamisierung und rückwirkende Anpassung

## Maßnahmen des Bundes:

### Verschiedene Flüchtlingsgipfel mit verschiedenen Maßnahmen

- Verfahrensbeschleunigungen
- Datenübermittlung
- Registrierung verbessern
- Rechtliche Änderungen (z.B. Wohnsitzauflage)
- **finanzielle Unterstützung**

## Finanzielle Unterstützung durch den Bund

- 670 €/Asylbewerber als Abschlag (NRW 626 Mio. €)
- Wurde spitz abgerechnet (Nachschlag 2,55 Mrd. €)
- Erhöhung Wohnungsbaumittel 2017 und 2018 um 500 Mio.
- Flüchtlingsbedingte KdU für 3 Jahre  
(2016 400 Mio.; 2017 ~ 900 Mio.; 2018 ~ 1,3 Mrd. )  
2016 Königsteiner Schlüssel; dann wie beim BuT
- Unbegleitete Minderjährige 350 Mio. €
- Integration:  
2016 - 2018 2 Mrd. € pro Jahr an Länder über USt

NRW: 434 Mio.!

- Kommunen beanspruchen Großteil davon, Integration findet vor Ort statt!
- Integration ist die Aufgabe der Zukunft
- Kinderbetreuung, Schulträger, Schulpsychologen, Sprachförderung, Wohnungsbau, Betreuung, Ehrenamt, Personal
- Projektförderung nicht der richtige Weg (Integrationsplan)
- Andere Bundesländer sind bereit, mit ihren Kommunen über Weitergabe zu verhandeln  
Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen, Bayern

## **Blick nach vorne:**

- Nach wie vor keine gesicherte Prognose zu den Zugangszahlen möglich
- Zukünftige Landeserstattung auf der Grundlage der gemeinsamen Datenerhebung
- Integration als Herkulesaufgabe braucht finanzielle Ausstattung
- Bund und Land bleiben aufgefordert, dafür die notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen

**Vielen Dank für Ihr Zuhören !**